Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1927

4.4.1927 (No. 79)

Visual Library

№ 79 Montag, den 4. April 1927 170. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrichstraße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Die Lage des Arbeitsmarktes
für die Zeit vom 24. bis 30. März.

(Mitgeteilt vom Landesamt für Arbeitsvermittlung.)

** Die seit Wochen zu beobachtende Entwicklung zur Besserung der Lage des Arbeitsmarkts — eine Teilerscheinung leichter Belebung der Konjunktur, wie sie auch in anderen Anzeichen, beispielsweise auch in der Zunahme der Transportleistungen der Reichsbahn zum Ausdruck kommt — nimmt ihren Fortgang. Wenn auch die Arbeitslosigkeit an und für sich betrachtet zweifelsohne noch sehr erheblich ist, so konnte immerhin erfreulicherweise die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger im Lande Baden in der Berichtszeit (24. bis 30. März) noch — und zwar **von 48 039 auf 42 707, also um über 5300** — sinken.

Demgegenüber fällt die leichte Zunahme der Zahl der Krisenfürsorgeempfänger von 8927 um 84 auf 9011 nicht erheblich ins Gewicht. Im **Tabakgewerbe** wurde allerdings zu Entlassungen kleineren Umfangs innerhalb der Zigarrenindustrie geschritten, wie innerhalb dieser Untergruppe auch die Kurzarbeit zugenommen hat. Sieht man jedoch von dieser teilweisen Verschlechterung ab, so ist für einige Berufsgruppen wenigstens keine rückläufige für die Mehrzahl aber eine weitere aufsteigende Entwicklung unverkennbar. An ihr hat **Land- und Forstwirtschaft, Metallverarbeitung und Maschinenindustrie** (allgemeiner Maschinenbau, Motorenbau, Uhrenindustrie), **Chemische Industrie, Spinnstoffgewerbe** (Bedarf an Arbeiterinnen aller Art), **Papier- und Lederindustrie**, in Verbindung mit der Belebung des **Baugewerbes** auch die **Holzindustrie, Nahrungsmittelgewerbe** (Ostergeschäft, vornehmlich im Konditorenberuf), **Friseur-** und auch (infolge der Frühjahrssaison) das **Schneidergewerbe** (jüngere Kräfte) Anteil. Im **Hotel- und Gastwirtsgewerbe** mehren sich die Vermittlungsaufträge, insbesondere für die Höhenluftkurorte, man rechnet, im Gegensatz zum Vorjahre, mit einer guten Saison.

Vormarsch der Kantonesen nach Norden

Nach Londoner Meldungen wollen die Südtruppen in China nach ihren Siegen bei Schanghai und Nanking keine Zeit verlieren. Ein großer Vormarsch in nördlicher Richtung mit Peking als Ziel sei bereits in vollem Gange. „Times" berichtet, daß Teile südchinesischer Truppen bei Wuhu auf das Nordufer des Yangtse übersetzten. Ein anderer Teil ging bei Schingkiang über den Fluß. Die Besetzung von **Pengpu** durch die Südtruppen wird amtlich bestätigt. Bei ihrem weiteren Vormarsch nach Norden an der Eisenbahn Tientsin-Pukau sollen die Südtruppen bereits mehrere wichtige Erfolge erzielt haben.

Reuter verzeichnet ein Gerücht, wonach ein Teil der **Truppen Tschangtsolins** ein geheimes Abkommen mit den Südtruppen geschlossen hätten und beabsichtige, im geeigneten Augenblick zu diesen **überzugehen**. Dieses trage mit zur allgemeinen Besorgnis bei.

Tschangkaischek erklärte, er beschränke sich von jetzt an auf den Oberbefehl bei dem Feldzuge gegen den Norden und stelle die Regierungsgeschäfte unter die Leitung des Vorsitzenden der Kuomintschang-Partei, Wangschingwei. Dies wird, wie eine Reutermeldung behauptet, als verzweifelter Versuch Tschangkaischeks ausgelegt, seine erschütterte Stellung in der Partei dadurch zu stärken, daß er sich die Unterstützung Wangschingweis sichere.

*

Über Paris kommt aufsehenerregende Meldung, die Pekinger Gesandschaften der Vereinigten Staaten und Großbritanniens hätten ihren Staatsangehörigen Weisung gegeben, **Nordchina einschließlich Peking zu räumen.**

Zur Mologa-Angelegenheit. Gegenüber Meldungen der Rechtspresse stellt der „Demokratische Zeitungsdienst" fest, daß die Abg. Dr. **Wirth** und Dr. **Haas**, die dem Aufsichtsrat der Mologa angehören, bei keiner deutschen Stelle einen Schritt getan hätten, das **Subventionsgesuch** der Mologa zu unterstützen. Beide seien übrigens mit keinem Pfennig materiell an der Mologa interessiert. Die demokratische Fraktion habe sich weder als Fraktion noch durch einzelne Mitglieder für die Subvention eingesetzt. Das Reichskabinett hat, wie schon kürzlich mitgeteilt wurde, das Subventionsgesuch abgelehnt, da die von ihm für nötig gehaltenen Voraussetzungen nicht verwirklicht worden sind.

Zusammenstoß bei der Aufführung eines amerikanischen Kriegsfilms in Frankreich. Am Sonntag sollte in **Lyon** der amerikanische Kriegsfilm „Die große Parade" aufgeführt werden. 200 Kommunisten versuchten, die Aufführung mit Gewalt zu verhindern, so daß der Besitzer des Lichtspieltheaters sich veranlaßt sah, die Polizei zur Hilfe zu rufen. Es kam zwischen den Polizisten und den Kommunisten zu einem Zusammenstoß, wobei zwei Polizisten verletzt wurden. Erst einem Aufgebot von etwa 40 Polizisten gelang es, die Ruhe wiederherzustellen. 12 Verhaftungen wurden dabei vorgenommen.

Die soziale Wohlfahrtsrente

In Deutschland, wo die staatliche Sozialfürsorge stärker als in irgendeinem Lande der Welt ausgebaut ist, vermißt man oft die umfangreiche und wirksame **private** Wohlfahrtspflege, die z. B. in den angelsächsischen Ländern die öffentliche Fürsorge ergänzt und teilweise ersetzt. Zweifellos ist die **Verarmung** Deutschlands zu einem erheblichen Teile an der ungenügenden Ausdehnung der privaten Wohlfahrtspflege in Deutschland schuld. Die **Vermögensumschichtung** in der Inflationszeit hat ebenfalls keinen günstigen Einfluß auf die Ausgestaltung der Wohlfahrtspflege gehabt, denn der **neue**, oft in glücklichen Spekulationen oder erfolgreichen Geschäften zusammengeraffte Reichtum hat an sozialer Gesinnung und Opferfreudigkeit den alten Reichtum noch bei weitem nicht erreicht.

Aber wesentlicher noch als diese Veränderungen hat die **Vernichtung der alten Wohlfahrts- und Stiftungsvermögen** durch die **Inflation** die private Wohlfahrtspflege und ihre Wirksamkeit in Deutschland beeinflußt. Ihrer in langen Jahren angesammelten Mittel, die fast immer in sogenannten mündelsicheren Wertpapieren angelegt waren, fast völlig beraubt, mußten die privaten Wohlfahrtsorganisationen gegenüber der ungeheueren Not der Nachkriegszeit notwendig versagen. Hier hat man versucht, bei der Schaffung des Gesetzes über die Ablösung der öffentlichen Anleihen **Wiederaufbauarbeit** zu leisten: die privaten Wohlfahrtsverbände erfahren bei der Aufwertung ihrer öffentlichen Anleihen eine **Sonderbehandlung**. Sie erhalten anstatt der sonstigen ungenügenden Aufwertung der Anleihen eine **Wohlfahrtsrente**, die ihnen die Wiederaufnahme der privaten Initiative im Wohlfahrtswesen ermöglichen soll. **Träger** des privaten Wohlfahrtsgebäudes sollen in Zukunft die **sieben Spitzenverbände** der freien deutschen Wohlfahrtspflege sein, die auch heute noch zusammen 34 000 Fürsorgeanstalten aller Art mit rund einer Million Plätzen und 131 000 Pflegekräften unterhalten.

Diese Anstalten der freien und kirchlichen Fürsorge sowie die ihnen gleichgestellten Anstalten und Einrichtungen zur Förderung **wissenschaftlicher** Ausbildung und Forschung erhalten jetzt anstatt der Auslosungsrechte ihrer öffentlichen Anleihen auf Antrag 15 Jahre hindurch vom Reich eine **Wohlfahrtsrente**. Die Mittel hierzu werden den Einnahmen aus Zöllen auf landwirtschaftliche Erzeugnisse entnommen. Sie dürfen aber insgesamt den Betrag von 10 Millionen Mark nicht übersteigen, von denen drei Viertel den Anstalten und Einrichtungen der Wohlfahrtspflege reserviert sind.

Mit diesen 7,5 Millionen Mark jährlich wird also in den nächsten 15 Jahren das private Fürsorgewesen aufrecht erhalten werden müssen, soweit es nicht gelingt, bei den wohlhabenden und reichen Schichten des deutschen Volkes neue Mittel für Wohlfahrtszwecke flüssig zu machen. Die Höhe der auf je 100 Mark Nennwert der Ablösungsanleihe im Einzelfalle zu gewährenden Rente hängt von der Zahl der antragstellenden Fürsorgeträger ab, auf die die 7,5 Millionen des Reichs alljährlich verteilt werden. Die Verteilung wird von der **Reichsschuldenverwaltung** vorgenommen. Jeder Wohlfahrtsverein, der Ablösungsanleihe besitzt, hat also das Recht, **eine Wohlfahrtsrente zu beantragen**. Die Anträge sind bis zum **30. April 1927** einzureichen. Bei den Entscheidungen wirken besondere Ausschüsse mit, die aus Vertretern des Reichs und der Länder zusammengesetzt sind.

Man darf annehmen, daß die soziale Wohlfahrtsrente, wie das geschäftsführende Vorstandsmitglied des deutschen und des Preußischen Städtetages, **Dr. Elsaß**, in der „Soz. Praxis" betont, eine Belebung der auch im öffentlichen Interesse notwendigen Tätigkeit der freien Wohlfahrtspflege zur Folge haben wird. Mit Recht fordert Dr. Elsaß aber auch, daß über die **Verwendung** dieser Subventionen aus öffentlichen Mitteln eine **Kontrolle** ausgeübt wird durch Arbeitsgemeinschaften, in denen neben den Vertretern der freien Wohlfahrtspflege und den Trägern der Sozialversicherung die Gemeinden eine führende Rolle spielen sollen. Wenn im Zusammenhang mit dieser notwendigen Kontrolle eine **Zusammenfassung** und damit eine **Rationalisierung** der Wohlfahrtspflege (z. B. Vermeidung von Doppelunterstützungen und von Doppelarbeit bei der Prüfung der Bedürftigkeit) erreicht werden kann, so wird das private Fürsorgewesen an Wirksamkeit und Ansehen dadurch wesentlich gewinnen.

Württemberg und die Ostsiedelung. Von den Fraktionen des Bauernbundes und der Bürgerparteien ist im württembergischen Landtag folgende Kleine Anfrage gestellt worden: Die Ansiedlung württembergischer Bauernsöhne in anderen Ländern stößt auf sehr große Schwierigkeiten, weil den Siedlern die Verzinsung der aufzunehmenden Schuldsumme bei der unzureichenden Rentabilität in der Landwirtschaft unmöglich ist. Ist das Staatsministerium bereit, die württembergischen Siedler bei Übernahme von Siedlerstellen finanziell ebenso zu unterstützen wie Preußen?

Der bayerische Etat, den die Regierung wegen der Unsicherheit des Finanzausgleichs bis jetzt nicht vorgelegt hat, soll nach einer Vereinbarung im Ältestenrat des Landtags am **12. April** an das **Parlament** kommen, vorausgesetzt, daß der Finanzausgleich nicht durch den preußischen Einspruch umgestoßen wird. Der Etat für 1927/28 soll mit dem für 1928/29 zu einem **Doppeletat** vereinigt werden, dessen Beratung die Sommertagung vom 9. Mai bis 9. Juli und dann die Herbsttagung vom 3. Oktober ab ausfüllen wird.

Die italienischen Luftrüstungen. Aus einer Rede des italienischen Unterstaatssekretärs für Aeronautik sei hervorgehoben, daß er am Schlusse sagte: Innerhalb von drei Jahren würde Italien folgende Luftflotte besitzen: 865 Bombenflugzeuge, 1250 Kampfflugzeuge und 682 Aufklärungsflugzeuge, zusammen 2797 Flugzeuge.

Die Verabschiedung des Finanzausgleichs

Der Reichstag hat noch am Samstag den vorläufigen **Finanzausgleich** und die Novelle über die Verteilung der **Biersteuer** auch in dritter Lesung verabschiedet. Der Finanzausgleich geht nun an den Reichsrat und er wird auch dort kaum auf ernsthafte Schwierigkeiten stoßen. Denn auch Preußen scheint sich mit ihm abfinden zu wollen, zumal da er ja im ganzen die finanzielle Stellung der Länder gegenüber dem Reich nur verbessert. Eine andere Frage ist, welches Schicksal das Gesetz über die neue **Biersteuerverteilung** finden wird. Eine Zweidrittelmehrheit, die Preußen verlangte, hat im Reichstage gefehlt und sie ist auch im Reichsrat fraglich. So wird möglicherweise der Staatsgerichtshof das letzte Wort zu sprechen haben.

Deutscher Reichstag

WTB. Berlin, 2. April.

Im weiteren Verlauf der Samstagsitzung über deren Beginn wir bereits berichtet haben, legt bei der

zweiten Lesung des Finanzausgleichs

beim Abschnitt „**Hauszinssteuer**"

Abg. Dr. **Jörissen** (Wirtsch. P.) zwei Entschließungsanträge vor, die die Aufhebung der Hauszinssteuer, soweit sie fiskalischen Zwecken dient, und Verwendung der Steuer für Mietbeihilfen an leistungsschwache Mieter, für Reparaturen und Wohnungsneubauten verlangen, wobei private Bauherren ebenso berücksichtigt werden sollen wie die Gemeinnützigen Baugenossenschaften. Die Hauswirte sollen für ihre Privatwohnungen von der Steuer befreit werden.

Abg. **Fischer** (Dem.) verzichtet auf eine Abstimmung über seinen Antrag auf **Senkung der Einkommensteuer**, da er im Steuerausschuß noch weiter beraten wird.

Darauf werden **sämtliche Anträge zur Hauszinssteuer abgelehnt.** Es bleibt bei der bisherigen Regelung.

Zur Erhöhung der süddeutschen Biersteueranteile

gibt Preußischer Ministerpräsident **Braun** eine neue **Erklärung ab**, in der es heißt: Gegenüber der gestrigen Erklärung des Abg. v. **Guérard**, daß meine Erklärung überraschend gekommen sei, betone ich, daß ich dies nicht zugeben kann. Die Abgabe meiner Erklärung war in der **preußischen Kabinettssitzung** vom letzten Dienstag beschlossen worden in Anwesenheit des Staatssekretärs der Reichskanzlei, so daß die Reichsregierung und mit ihr die Regierungsparteien des Reichstags Kenntnis davon haben mußten. Der Ministerpräsident fährt fort, sein Widerspruch richte sich nicht gegen den Finanzausgleich, sondern nur gegen die „**Bevorzugung der süddeutschen Länder.**" Gegenüber dem Abg. v. Guérard bemerkte er, wenn jetzt 50 Millionen im voraus den süddeutschen Ländern zugeführt werden würden, dann blieben diese nicht mehr für die anderen Reichsteile verfügbar. Es handle sich darum, daß wenn Preußen für die 3½ Milliarden Vermögensschäden, die es durch Erfüllung d. Friedensvertrags erlitten habe und die das Reich bisher nur mit 65 Millionen ersetzt habe (Hört, hört!), nur 40 Millionen jährlich abgezahlt bekomme, die jetzt den süddeutschen Staaten zugeschanzt werden sollten, dann würde es in der Lage sein, auch für die besetzten Gebiete mehr zu leisten als bisher. Man solle sich doch vor Augen halten, daß Preußen das Land sei, das durch den unglücklichen Ausgang des Krieges große Gebiete und kolossales Staatsvermögen verloren habe, daß es also nicht ruhig zusehen könne, **wenn anderen Reichsteilen** besondere Reservatsrechte eingeräumt würden.

Abg. v. **Guérard** (Ztr.) erklärt, man habe es bei dem Grenzfonds nicht mit der Reichsratsvorlage zu tun gehabt, sondern mit der Regierungsvorlage, die nur 15 Millionen enthalten habe. Diese Summe hätten die Regierungsparteien auf 25 Millionen erhöht. Man könne also nicht davon sprechen, daß die Regierungsparteien den gefährdeten Gebieten etwas gestrichen hätten. — Außerdem macht der Redner darauf aufmerksam, daß im letzten Nachtragsetat 51 Millionen ausschließlich für die gefährdeten **preußischen** Gebiete bewilligt worden seien. (Erneutes Hört, hört! rechts und im Zentrum.) — Die berechtigten Wünsche Bayerns habe man damals zurückgestellt. (Zustimmung bei der Mehrheit). — Von den 75 Millionen, die vor zwei Jahren bewilligt wurden, seien Preußen nicht nur 30 Millionen zugefallen, sondern von den 35 Millionen, die das Reich für seine eigenen Schäden zurückbehalten habe, sei auch noch der größte Teil dem Wohnungsbau in den preußischen besetzten Gebieten zugute gekommen (Lebh. Hört, hört! bei der Mehrheit). Im übrigen würden die Verluste Preußens durchaus anerkannt.

Preußischer Ministerpräsident **Braun**: Wenn das Reich 30 Millionen, der preußische Staat aber nur 4,3 Millionen aus dem 75-Millionen-Fonds erhalten habe, kann man nicht davon reden, daß Preußen den Fonds für fiskalische Zwecke ausgenutzt habe. Es handelt sich hier um Kriegsschäden, für die das Reich allein aufzukommen hat. Falls also den Ländern ein Ersatz gegeben wird, kann es niemals als ein Vorzug für diese Länder gewertet werden und kann in keiner Weise verglichen werden mit dem, was jetzt den süddeutschen Ländern gegeben werden soll. Diese sollen eine dauernde Zuwendung von 40 Millionen jährlich bekommen, während der Schadensersatz für Preußens besetzte Gebiete nur eine einmalige Aufwendung darstelle. (Sehr richtig! links.)

Abg. Dr. **Hertz** (Soz.) ist der Auffassung, daß man sich an den Wortlaut des Biersteuergesetzes halten müsse, der für eine Änderung dieses Gesetzes die Annahme mit einer Zweidrittelmehrheit klar vorschreibe.

Staatssekretär Dr. **Popitz** erklärt, nach Auffassung der Reichsregierung genüge eine einfache Mehrheit. Schon vor

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

dem Kriege habe Bayern rund 35 Millionen aus der Biersteuer erhalten. 45 Millionen seien also heute angemessen. Man müsse dabei bedenken, daß Bayern immer steuerschwach in bezug auf direkte Steuern gewesen sei. Es habe die Biersteuer deshalb von jeher stark ausnützen müssen. Ohne diesen Betrag könne es seinen Etat nicht balancieren. Als die erschwerende Form für die Änderung des Biersteuergesetzes in dieses Gesetz aufgenommen wurde, habe es übrigens eine Zweidrittelmehrheit für Verfassungsänderungen noch gar nicht gegeben. Eine Analogie mit der Verfassungsänderung sei also nicht möglich. Man habe im Biersteuergesetz diese Bestimmung nur auf Wunsch der begünstigten Länder geschaffen. Der Redner beruft sich auf juristische Autoritäten, wie Prof. Anschütz und Dr. Kahl für die Anschauung, daß zur Erhöhung der Ankeile eine einfache Mehrheit genüge.

Preußischer Ministerpräsident **Braun** erklärt: 1925 habe man die 17.2 Millionen für Bayern festgesetzt bei einer im Verhältnis zu heute glänzenden Finanzlage des Reiches. Wenn man diese Summe jetzt auf 45 Millionen erhöhe, müßten die anderen Länder darin eine Benachteiligung erblicken. Im übrigen möge der **Staatsgerichtshof** in dieser Frage entscheiden.

In der weiteren Debatte erklärt Abg. **Könen** (Komm.): Das Verhalten Brauns zeige, daß es sich bei dem ganzen Palaver nur um ein Rückzugsgefecht handele.

Abg. **Landsberg** (Soz.) erklärt, es bedürfe zur Annahme der Vorlage der Zweidrittel-Mehrheit. (Beifall bei den Sozialdemokraten).

Unter **Ablehnung sämtlicher Änderungsanträge** werden Finanzausgleichgesetz und Erhöhung der süddeutschen Biersteueranteile **in zweiter und dritter Lesung** mit den Stimmen der Regierungsparteien und des Bayerischen Bauernbundes **angenommen.** — Die Schlußabstimmung über die **Biersteuernovelle** ist namentlich. Es ergibt die Annahme des Gesetzes mit 195 gegen 148 Stimmen bei zwei Enthaltungen.

Vizepräsident **Esser** stellt fest, daß zwei Drittel der Abgeordneten anwesend waren, daß aber das Gesetz nur mit einfacher Mehrheit angenommen sei.

Auch der Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung

wird in zweiter Lesung in der Ausschußfassung angenommen. Die Einnahmen aus der Einkommensteuer werden dadurch von 2,4 auf 2,62 Milliarden, die aus der Körperschaftssteuer von 350 auf 450 Millionen RM. erhöht. Zur Deckung herangezogen werden auch 190 Millionen Betriebsmittelfonds und 200 Millionen Überschuß aus 1926. Die Überweisungsgarantie für die Länder wird von 2,4 auf 2,6 Milliarden, die Biersteuerentschädigung von 22,7 auf 70,7 Millionen RM. erhöht. Gestrichen wird der Betriebsmittelfonds der Branntweinmonopolverwaltung mit 25 Millionen.

Darauf werden eine Anzahl Etatabschnitte in zweiter Lesung erledigt. Es handelt sich um Neueinstufung von Beamten, Streichung und Schaffung neuer Beamtenstellen.

Im **Haushalt des Innern** wird vom Ausschuß die **Erhöhung des Grenzfonds** von 15 auf 25 Millionen vorgeschlagen. Unter Ablehnung von Erhöhungsanträgen wird der Fonds angenommen, ebenso die übrigen Etatsreste.

Es folgt

die erste Lesung des Arbeitszeitnotgesetzes.

Reichsarbeitsminister Dr. **Brauns** begründet die Regierungsvorlage. Nach Verhandlungen mit den Regierungsparteien und dem Reichsrat sei der vorliegende Entwurf zustandegekommen. Dem Arbeitsschutzgesetz, das in Arbeit sei, greife dieses Notgesetz nicht vor. Deshalb seien auch die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge nicht berücksichtigt, die über diesen Rahmen hinausgegangen seien. **Eine starre Regelung vertrage die deutsche Wirtschaft noch nicht.** Die Vorlage beschränke sich darauf, die Mißstände, die die Notverordnung von 1923 mit sich brachte, zu beseitigen. Dem Überstundenunwesen soll dadurch gesteuert werden. Überschreitungen der Arbeitszeithöchstgrenze von zehn Stunden werde von der Genehmigung der Aufsichtsbehörden abhängig gemacht. Die Straffreiheit für freiwillige Überstunden werde aufgehoben, für genehmigte Überstunden würden Zuschläge von 25 Proz. eingeführt, von denen nur Saisonbetriebe befreit werden können (Beifall bei der Mehrheit).

Abg. **Graßmann** (Soz.): Die Gewerkschaften verlangen Beseitigung der Möglichkeit, den Arbeitstag um zwei Stunden zu verlängern. Wenn es nicht anders gehe, würden sich die deutschen Arbeiter den Achtstundentag mit geballter Faust holen.

Abg. Dr. **Stegerwald** (Ztr.) erklärt, die Opposition der Rechten und Linken gegen jedes sozialpolitische Gesetz sei ja nichts Neues. Die große sozialpolitische Gesetzgebung der neunziger Jahre habe man ja auch gegen die Sozialdemokraten durchsetzen können. (Lebh. Widerspruch bei den Soz.) Das Zentrum erstrebe in der Mietspolitik, wie in der Arbeitszeitfrage eine vernünftige organische Weiterentwicklung. Plötzlich könne man den Achtstundentag nicht einführen. Die Vorlage bringe aber unbestreitbare Fortschritte.

Preußen und das Biersteuergesetz

Das „B. T." meldet, es sei nicht daran zu zweifeln, daß das preußische Kabinett sich einstimmig für eine Anrufung des **Staatsgerichtshofes** aussprechen werde, um klarzustellen, daß entsprechend der preußischen Auffassung für die Annahme des Biersteuergesetzes eine Zweidrittelmehrheit erforderlich gewesen wäre. Die Meldung der „B. Z. a. M." über einen Schritt des Reichskanzlers, wobei er Übereinstimmung des **Zentrums im Reich und in Preußen** verlangt habe, wird von der „Germania" als unzutreffend bezeichnet. In Wirklichkeit — so schreibt das Berliner Zentrumsorgan — hat lediglich eine gemeinsame Beratung der Fraktionsvorstände des Reichstags- und des Landtagszentrums stattgefunden unter Beteiligung der preußischen Zentrumsminister, deren Ergebnis in der Erklärung des Abg. v. Guérard im Reichstag ersichtlich geworden ist. Alle anderen Andeutungen gehören absolut in das Reich der Fabel. Auch die Behauptung, der Zeitpunkt scheine nicht mehr fern zu sein, an dem das Zentrum eine Rechtsorientierung auch in Preußen für möglich halte, falle in sich zusammen, da die dem Reichskanzler in den Mund gelegte Forderung der Übereinstimmung des Zentrums im Reich und in Preußen nicht zutreffend sei.

Das Reichskabinett hielt Samstag nachmittag eine Sitzung ab in der u. a. Reichsaußenminister Dr. Stresemann zur Vorbereitung der Beratungen des Auswärtigen Ausschusses in der nächsten Woche über die außenpolitische Lage berichtete.

Die Rettungsmedaille für Minister a. D. Scholz. Im Sommer 1924 rettete der Reichsminister a. D. Dr. Scholz, Vorsitzender der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, unter eigener Lebensgefahr in dem Ostseebad Neuhaus den Bürgermeister Augustin vom Tode des Ertrinkens. Samstag mittag wurde Dr. Scholz für diese Tat die Rettungsmedaille am Bande durch einen Vertreter des preußischen Staatsministeriums überreicht.

Der sozialdemokratische Parteitag. Dem „Vorwärts" zufolge hat der sozialdemokratische Parteivorstand den diesjährigen Parteitag auf den 22. Mai nach **Kiel** einberufen. Im Anschluß an den Parteitag findet eine Frauenkonferenz statt.

Politische Neuigkeiten

Stresemann über Bismarck

Der Verein zur Errichtung eines Bismarck-Nationaldenkmals veranstaltete am Sonntag in **Hannover** seinen ersten Bismarck-Tag. Die Reichsregierung war durch Reichsaußenminister Dr. **Stresemann** vertreten. Der Leiter der Tagung Dr. **Jarres** führte in seiner Eröffnungsansprache aus, daß es sich bei der Errichtung eines **Bismarck-Nationaldenkmals** auf der **Elisenhöhe bei Bingerbrück** nicht darum handle, den alten, vielleicht schon allzu vielen Denkmälern ein neues hinzuzufügen, sondern darum, ein Symbol zu schaffen, das im deutschen Volk die Erinnerung an eine Höhenzeit seiner Geschichte wach halte. Reichstagsabgeordneter **Wallraf** sprach über Bismarck, sein Werk und seine Person.

Die Schlußansprache hielt Reichsaußenminister Dr. **Stresemann,** der namens der Reichsregierung versprach, die Idee, dem deutschen Volk durch das Bismarck-Nationaldenkmal ein Symbol zu schaffen, fördern zu wollen, obwohl bis zu seiner Verwirklichung noch einige Zeit verstreichen werde, denn ein solches Symbol dürfe **nur an einem freien Rhein** stehen. Auf die Frage, wie Bismarck in einem Deutschland der Gegenwart wirken würde, hatte er die Antwort, er würde nicht wirken durch träumende Resignation und feierliches Erinnern an einstige Größe, sondern er würde **aufrufen zur Tat.** Dr. Stresemann behandelte dann weiter das Wesen Bismarcks; sein ganzes Leben mahne zu Arbeiten und Kämpfen, um zu positiven Ergebnissen zu gelangen; aber nicht zu kämpfen gegeneinander; das könnten wir so wunderschön, daß dazu niemand zu ermahnen brauchte. Heute schon bewundere die Welt Deutschlands Lebenskraft. Jetzt müsse man auch den Kampf aufnehmen um die **moralische Stellung Deutschlands in der Welt** und durch Leistungen zeigen, daß das deutsche Volk das Volk der Zukunft ist. Das sei der tiefere Sinn Bismarck'schen Denkens.

An den Reichspräsident wurde eine **Telegramm** gesandt.

Der Reichspräsident hat an den Vorsitzenden der Tagung ein Schreiben gerichtet in dem es heißt:

Ich bitte Sie, davon überzeugt zu sein, daß ich in alter und unwandelbarer Verehrung für den ersten Kanzler in diesen Tagen mit meinen Gedanken bei Ihnen weile, und daß ich in der Erinnerung an die große Persönlichkeit Bismarcks und sein Werk den ersten deutschen Bismarcktag mit meinen besten Wünschen begleite.

Kulturtagung der Deutschen Volkspartei

Am Schluß der in Berlin abgehaltenen Kulturtagung der Deutschen Volkspartei wurde folgende Entschließung zum Beschluß erhoben:

Für das zu schaffende Reichsschulgesetz, dessen baldige Einbringung dringend notwendig ist, stellt der Reichsschulausschuß der Deutschen Volkspartei folgende Forderungen, deren nachdrückliche Vertretung er von der Reichstagsfraktion erwartet: Das Gesetz muß 1. Die Schulhoheit des Staates unzweideutig zum Ausdruck bringen. Das verfassungsmäßig anerkannte Recht der Eltern findet seine Grenze an den überragenden Rechten des Staates. Es muß 2. die Erziehung der deutschen Jugend zur nationalen Bildungseinheit sichern. 3. Die unterrichtliche Leistungsfähigkeit der Schule gewährleisten. 4. Die Freiheit der Lehrerpersönlichkeit schützen. 5. In Wahrung der Gewissensfreiheit die geschichtlich gewordenen Schularten in ihrem Bestande und ihrer Wesensart erhalten und die in ihrer Entwicklung nicht behindern. Die in Artikel 146, Absatz 1 der R.V. vorgesehene „für alle gemeinsame Schule" muß den Charakter einer christlichen Simultanschule tragen. Die weltliche Schule ist auf gesetzliche Grundlage zu stellen.

Ferner wurde folgende Entschließung gefaßt: „Getreu den liberalen Überlieferungen bekennt sich der Reichsschulausschuß der Deutschen Volkspartei aufs neue zu dem Gedanken der Staatshoheit auf dem Gebiete der Schulpolitik. Mit diesem Gedanken ist der Abschluß eines Konkordats mit der katholischen Kirche, das auf das Schulgebiet übergreift, unvereinbar. Der amtliche Einfluß der Kirchen auf den Religionsunterricht muß in eine Form gebracht werden, wodurch die letzte Entscheidung über die Zahl der Religionsschulen, Lehrpersonen, Lehrbüchern und dergleichen dem Staate verbleibt, insbesondere darf dieser Einfluß der Kirche auf den Religionsunterricht nicht zu einer Kontrolle der Religionslehrer übersteigert werden.

*

Auf der Tagung sprach auch Reichsaußenminister Dr. **Stresemann.** Zunächst verwahrte er sich dagegen, gesagt zu haben, daß er ein Konkordat aus außenpolitischen Gründen für erwünscht halte. Dann erklärte er, die Frage heiße nach dem Vorgang in Bayern nicht mehr: „Reichskonkordat oder nicht?", sondern „Reichskonkordat oder Landeskonkordat?" Zur Stellung der Volkspartei in kulturpolitischer Hinsicht in Preußen erklärte Dr. Stresemann u. a.: Wenn unsere Partei in der Lage gewesen wäre, im Verlaufe der letzten Jahre auf die Entwicklung praktisch stärkeren Einfluß zu nehmen, so wäre die Lage inbezug auf das preußische Konkordat eine andere, als jetzt. Er wisse nicht, ob die D. Volkspartei parlamentarisch stark genug ist, um die Entwicklung in der Frage des Konkordats zu hemmen, aber er erinnere sich aus der Geschichte der Nationalliberalen Partei, daß einmal ein Schulgesetz gefallen ist, trotzdem die Mehrheit dafür war. Es gebe große bürgerliche Parteien, die es nicht wagen können, in dieser Frage reaktionäre Wege zu gehen, wenn die Deutsche Volkspartei dagegen protestiere; denn sonst würden viele ihrer Wähler zur Deutschen Volkspartei übergehen.

Drei Entschließungen der Sozialistischen Internationale

In einer Sitzung, die die Vorstandsmitglieder der Sozialistischen und Gewerkschaftlichen Internationale am Sonntag spät abends in **Paris** abhielten, wurden **drei Tagesordnungen** angenommen.

Die erste verlangt mit Bezug auf den **italienisch-serbischen Konflikt** die Einberufung des Völkerbundsrates, ferner Veröffentlichung der von Italien gegen Serbien vorgebrachten Beschuldigungen, Betrauung des Völkerbundes mit der Untersuchung und Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts Albaniens. Albanien dürfe weder unter ein italienisches noch unter ein serbisches Protektorat kommen, selbst wenn der Völkerbund dafür die Garantie übernehme.

Betr. die **Vorgänge in China** wurde eine Tagesordnung angenommen, welche Abschaffung des Vorrechtes der Exterritorialität, Verzicht auf die Konzessionen, Abberufung der Truppen und der Kriegsschiffe, die zur Verteidigung der unberechtigten Privilegien entsandt wurden, verlangt. Um jede Ausschreitung zu vermeiden, sollen sofort Verhandlungen aufgenommen werden auf der Grundlage der Anerkennung des Rechtsanspruches Chinas auf seine nationale Unabhängigkeit.

Eine dritte Tagesordnung endlich wendet sich gegen die faszistische **italienische Regierung.**

Gemeinderats- und Landtagswahlen in Salzburg. Bei den Gemeinderatswahlen in Salzburg erhielten die Sozialdemokraten 15 Mandate (13), die Christlich Sozialen 13 Mandate, Großdeutsche und Nationalsozialisten 10 (12), Wirtschaftliche Vereinigung 2 (0). — Bei den Landtagswahlen bekamen nach den ersten Ermittlungen die Christlich-Sozialen 13 Mandate, die Sozialdemokraten 9, **Großdeutsche und Nationalsozialisten** 3 Landbund 1 Mandat.

Maginot gegen die Räumung der Rheinlande. Im Verlaufe einer öffentlichen Versammlung der Patriotenliga in **Paris** hat der ehemalige Kriegsminister **Maginot** sich gegen die Räumung des linken Rheinufers vor Ablauf der festgesetzten Frist ausgesprochen, da eine derartige Räumung ein schweres Verbrechen gegen das Vaterland und ein Verbrechen gegen Polen sei. Er sei nicht Gegner einer deutsch-französischen Annäherung, wenn auch das Wort „Annäherung" in seinen Ohren schlecht klinge.

Lohnherabsetzung im französischen Bergbau. Auf einem außerordentlichen Kongreß in Lens haben die Bergarbeiter der Departements Nord und Pas des Calais das Kompromiß gebilligt, das eine Herabsetzung der Tageslöhne um 2,60 Franken vorsieht. Die Bergarbeiter des Departements Loire wollen dagegen nur eine Herabsetzung von 2,20 Franken pro Tag zugeben. Es werden daher heute durch Vermittlung des Ministers für öffentliche Arbeiten Schlichtungsverhandlungen mit den Delegierten der Loire-Bergarbeiter herbeigeführt werden müssen.

Kurze Nachrichten

Gefängnis wegen Beleidigung Hindenburgs. Auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik wurde von dem erweiterten Schöffengericht **Essen** der Bergmann Paul Graetsch aus Gelsenkirchen wegen Beleidigung des Reichspräsidenten zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Schiedsspruch im Versicherungsgewerbe. Im Tarifstreit der Spitzengewerkschaft wurde, wie aus Berlin berichtet wird, da eine Einigung der Parteien nicht zu erzielen war, ein Schiedsspruch betr. Erhöhung der Gehälter mit Wirkung vom 1. April f. J. um 7½—8½ Prozent gefällt. Die Erklärungsfrist ist auf den 9. April d. J. festgesetzt.

Enthüllungen des „Matins" über Rumänien. Der Pariser „Matin" berichtet über Belgrad in sensationeller Aufmachung, daß der rumänische Ministerpräsident General Averescu einen Staatsstreich vorbereitet habe.

Litauen öffnet den Memelstrom. Nach einer Meldung des „B. T." aus **Kowno** ist englischen Firmen von der litauischen Regierung der Holztransport auf der Memel gestattet worden. Es wird angenommen, daß damit die Frage der Holzdurchfuhr aus Polen durch Litauen nach Memel gelöst ist. Wie das gleiche Blatt weiter meldet, soll der litauische Gesandte in London Gouverneur des Memelgebietes werden (?).

Haussuchung bei Redakteur Delius in Rom. In der Wohnung des deutschen Redakteurs Karl Delius in **Rom,** der zur Zeit im Gefängnis seine Strafe abbüßt, wurde, wie die Blätter melden, durch die Politische Polizei eine Haussuchung veranstaltet. Es seien dabei „wichtige Dokumente gefunden" worden, wie Photographien von öffentlichen Gebäuden, und wie das „Giornale d'Italia" meldet, auch von militärischen Gebäuden.

Der Deutsche Verein in Newyork veranstaltete anläßlich der feierlichen Übernahme eines Bildnisses von Hindenburg eine **Bismarck-Hindenburgfeier.**

Gemeinde-Rundschau

Karlsruher Gewerbeschulwesen. Die Stadt Karlsruhe hat eine von Gewerbeschuldirektor **K. F. Kuhn** bearbeitete schulgeschichtliche Darstellung: „Die Gewerbeschule der Landeshauptstadt Karlsruhe i. B. in Vergangenheit und Gegenwart" herausgegeben, die in diesen Tagen erschienen ist. Der schön ausgestattete, mit 55 Abbildungen versehene Band schildert im ersten Teil die der Gründung der Karlsruher Gewerbeschule am 3. Mai 1834 vorausgehenden handwerksberuflichen Schulungseinrichtungen in Karlsruhe und anderen badischen Orten, die Errichtung der Karlsruher Anstalt selbst und ihre Entwicklung in den Jahren von 1834 bis 1905. Die mit dem Bau des heutigen Gewerbeschulgebäudes zusammenhängenden Fragen und die Baugeschichte behandelt der zweite Teil. Über den gegenwärtigen Stand und die Organisation der Anstalt verbreitet sich der dritte Abschnitt, den verschiedene aufschlußreiche statistische Zusammenstellungen aus den Jahren 1905 bis 1925 abschließen. — Mit dieser schulgeschichtlichen Darstellung hat sich die Stadt Karlsruhe als Herausgeberin wie der Verfasser, unter dessen bewährten Leitung die Karlsruher Gewerbeschule seit dem Jahre 1905 steht, ein großes Verdienst erworben. Sie zeigt, daß Baden unter allen deutschen Staaten in der Gründung u. dem Ausbau öffentl. berufsfachlicher Ausbildungs- u. Erziehungsanstalten vorangegangen ist und dieser wichtige Zweig des Schulwesens besonders in Karlsruhe eine stete Pflege und Förderung erfahren hat.

Der Stadtrat Heidelberg schlug zur Deckung des Fehlbetrages des ordentlichen Haushaltes im Rechnungsjahr 1926 mit etwa 1 500 000 RM. die Erhebung einer weiteren Vorauszahlung auf die Gemeindesteuer für 1926 um 47 Pfg. von 100 M. Steuerwert des Grund- und Betriebsvermögens vor. Die Erhebung soll in 12monatlichen Teilbeträgen ab 1. April 1927 erfolgen.

Konflikt im Schwetzinger Stadtparlament. In der letzten Bürgerausschußsitzung in Schwetzingen kam es zu schweren Zusammenstößen. Bei der Beratung der Vorlage über die Straßen- und Gehwegherstellung erklärte die Fraktion des Bürgervereins, daß sie dem Bürgermeister **Götz** ihr Mißtrauen aussprechen müsse. Er handhabe sein Amt nicht mehr unparteiisch. Der Bürgerverein verweigerte schließlich die weitere Teilnahme an den Sitzungen des Bürgerausschusses. Aus diesem Anlaß hat sich Bürgermeister Götz nun verpflichtet gefühlt, wegen dieses Vorfalles das Disziplinarverfahren beim Bezirksrat Mannheim gegen sich zu beantragen.

Der Bürgerausschuß Baden-Baden genehmigte einstimmig den Notetat 1927/28 für die Städt. Schauspiele, der auf bedeutenden Einsparungen und umfangreichen Personalverminderungen basiert. Die Erhaltung des **Baden-Badener Theaters** ist damit ermöglicht. Weiter wurde die Kurtaxe für die Hotelbetriebe der Gruppe 1 auf 1,25 M., der Gruppe 2 auf 85 Pf. pro Tag und Person erhöht. Diese Erhöhung wurde notwendig durch den Ausfall von 40 000 RM. an Getränkesteuern. Der Voranschlag 1927/28 der Kurverwaltung wurde mit allen gegen drei Stimmen genehmigt. Der Zuschuß der Stadtkasse ist auf 200 000 RM. herabgesetzt worden. Zur Verkehrswerbung erscheinen im neuen Etat nur 75 000 M. gegen 153 000 im Vorjahre. Dagegen ist für Musikpflege und Sonderveranstaltungen ein erheblicher Mehraufwand vorgesehen. Annahme fanden ferner ein Antrag auf Erhöhung der Vorauszahlung für die Gemeindesteuer um 14 Pf. (dazu 2 Pf. für den Kreis) für 100 RM. Steuerwert für 1926/27, ferner ein Antrag auf Neustaffelung der Gas- und Lichtstrompreise und Ankauf eines geeigneten Gebäudes zur Errichtung eines neuen Altersheims. Zum Schluß ermächtigte der Bürgerausschuß den Stadtrat, zu geeigneter Zeit die genehmigten Anlehen im Höchstbetrage von 2 500 000 M. ganz oder in Teilbeträgen aufzunehmen.

1300jähriges Stadtjubiläum Meersburgs. Meersburg kann im Jahre 1928 die 1300jährige Wiederkehr seiner Gründung feiern. Der Merowinger König Dagobert hat im Jahre 628 den sog. Dagobertsturm errichtet.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Badischer Teil

Badischer Landtag

Öffentliche Sitzung am Donnerstag, 7. April, vormittags 10 Uhr.

I. Mitteilung der Eingänge. Sodann

II. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Verwaltung des Vermögens der Religionsgesellschaften (Kirchenvermögensgesetz) — Drucks. Nr. 51 und 51 a — Namentliche Abstimmung! Berichterstatter Abg. Dr. Glockner.

und damit in Verbindung

Beratung über die Anträge der Abg. Dr. Marum u. Gen. und Bock u. Gen. zu dem Gesetzentwurf (Drucks. Nr. 51 b und e).

III. Mündlicher Bericht des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung und Beratung über den Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse des Sanitätspersonals vom 10. Oktober 1906 (Drucks. Nr. 49 und 49 a), Berichterstatter Abg. Dr. Wolfhard.

IV. Mündliche Berichte des Ausschusses für Gesuche und Beschwerden und Beratung über die Gesuche 1. des früheren Wagenmeisters J. Schobert in Mannheim um Rechtshilfe, Berichterstatter Abg. Amann; 2. des früheren Güterschaffners L. Kirschenmann in Mannheim um Rechtshilfe, Berichterstatter Abg. Amann.

Weitere Gegenstände vorbehalten nach dem Ergebnis der Ausschußberatungen.

Sicherheit bei Lichtspielvorführungen

PA. Im badischen Gesetz- und Verordnungsblatt ist in Nr. 9 vom 29. März die Verordnung über die Sicherheit bei Lichtspielvorführungen erschienen, auf die erneut hingewiesen sei. Sie schließt sich mit einigen Abweichungen einem vom Reichsministerium des Innern aufgestellten Entwurf an. Mit dieser Verordnung soll dem Ziel, das Lichtspielwesen einheitlich für das ganze Reichsgebiet zu regeln, näher gekommen werden. Die Verordnung enthält Sicherheitsvorschriften für alle Arten von Lichtspielen, für die eigentlichen Lichtspieltheater, die Wander- und Vereinslichtspiele, Lichtspielvorführungen in Vorträgen und Schullichtspielen.

Soweit **Lichtspieltheater** in Frage stehen, wird an der Vorschrift einer Trennung von Zuschauerraum und Bildwerferraum (Standort für den Vorführer) festgehalten und zwar auch dann, wenn es sich um gelegentliche Lichtspielvorführungen in ständigen Versammlungsräumen handelt. Für die **nichtständigen Lichtspielunternehmungen**, Vereins- u. Schullichtspielen, auch Wanderlichtspielen ist das System der Typenprüfung für Bildwerfer eingeführt. Darnach ist es gestattet, bei Verwendung geprüfter Bildwerfer in Einzelfällen u. ausnahmsweise von dem Erfordernis eines vom Zuschauerraum getrennten u. den Vorschriften der §§ 40 ff entsprechenden besonderen Bildwerferraumes abzusehen. Es ist nicht beabsichtigt, für Baden besondere Prüfstellen einzurichten. Bis auf weiteres kommen daher nur Bildwerfer in Frage, die von außerbadischen Prüfstellen geprüft sind. Die bisher vom Arbeitsministerium und Ministerium des Innern ausgesprochenen Zulassungen verlieren ihre Gültigkeit.

Die Baupolizeibehörden sind angewiesen, sämtliche Lichtspieltheater ihres Bezirks **alljährlich einmal einer eingehenden Besichtigung zu unterziehen** und die sich hierbei ergebenden Mißstände durch geeignete Auflagen alsbald beseitigen zu lassen.

Bekämpfung der Fahrraddiebstähle

PA. Bei Eintritt günstiger Witterung nehmen erfahrungsgemäß die Fahrraddiebstähle wieder zu. Die Ermittelung der Täter und die Beibringung der gestohlenen Räder wird jedoch dadurch erschwert, daß die Bestohlenen nur selten imstande sind, die **Marke und die Namen ihre Rades** anzugeben. Im Interesse eines jeden Radfahrers liegt es, sich hierüber entsprechende Aufzeichnungen zu machen, um im Bedarfsfalle der Polizei und Gendarmerie die notwendigen Auskünfte geben zu können. Ferner wird vor dem Ankaufe von Fahrrädern, an denen die Fabriknummer ganz oder teilweise entfernt sind, dringend gewarnt, da es sich in den meisten Fällen um gestohlene Räder handelt, und der Ankauf solcher Räder in der Regel die Verfolgung wegen Hehlerei nach sich zieht; es empfiehlt sich überhaupt, gebrauchte Räder nur von persönlich bekannten Personen, oder in den einschlägigen Geschäften zu kaufen.

Beim Badischen Landespolizeiamt in Karlsruhe kann durch persönliche oder fernmündliche Anfrage (Fernsprechnummer 6090—6095) jederzeit festgestellt werden, ob das betr. Rad als gestohlen gemeldet ist oder nicht. Nur durch gegenseitige Zusammenarbeit des Publikums mit Polizei und Gendarmerie ist es möglich, den Fahrraddiebstahl wirksam zu bekämpfen.

Landesausschußsitzung des Badischen Verkehrsverbandes

Am Samstag tagte in **Bruchsal** die erweiterte Landesausschußsitzung des Badischen Verkehrsverbandes, die vormittags mit einer ausgedehnten Vorstandssitzung eingeleitet wurde. Nach einem gemeinsamen Mittagessen im Hotel „Friedrichshof" begann um vier Uhr die eigentliche Ausschußsitzung.

Verbandspräsident Generalkonsul **Menzinger** begrüßte die zahlreich erschienenen Gäste, sowie die Vertreter des badischen Innen- und Finanzministeriums, der Reichsbahndirektion, der Handelskammer Karlsruhe und des Verkehrsvereins Bruchsal. Stadtrat **Strauß** entbot den Willkommgruß der Stadt Bruchsal. Der sodann vorgelegte Tätigkeitsbericht wurde nicht beanstandet und der weitere Punkt „Organisationsfragen" dadurch erledigt, daß die regionalen Arbeitsgemeinschaften als lose Organisationen im Verbande weiter bestehen bleiben.

Des weiteren wurde die beschleunigte Durchführung der **Bahnhofumbauten** Mannheim, Heidelberg und Freiburg und die gleichzeitige **Elektrifizierung der badischen Bahnen** erörtert. Von Regierungsseite wurde erklärt, daß die Regierung bemüht sei, diese schwierige Frage zu einer glücklichen Lösung zu führen. Oberbürgermeister **Keil**, Triberg, stellte fest, daß die badische Industrie langsam nach Württemberg überströme. Die Elektrifizierung der Schwarzwaldbahn sei eine Existenzfrage des Schwarzwaldes. Auch die Bahnhöfe von Triberg, Villingen und Singen müßten umgebaut werden. Seine Ausführungen wurden unterstrichen von den Bürgermeistern **Gremelspacher**, Villingen, Dr. **Hofner**, Freiburg und **Fischer**, Donaueschingen. Ministerialrat Dr. **Scheffelmeier** betonte, daß man zum Staatspräsidenten und zum Finanzministerium Vertrauen haben könne, daß sie diese Frage zu einer glücklichen Lösung zu bringen versuchen. Regierung, Wirtschaftskreise und Verkehrsverband müßten zusammenarbeiten, um etwaigen Schwierigkeiten Herr zu werden.

Es wurde dann einmütig eine **Entschließung** an die Staatsregierung angenommen, nach der die beschleunigte Elektrifizierung der Bahnlinie Frankfurt—Basel gefordert wird, desgleichen wird die Erstellung der neuen **Rheinbrücken** u. Inangriffnahme der Bahnhofsumbauten mit Beschleunigung gewünscht. Ferner wird beschlossen, eine Reliefkarte vom Schwarzwald herauszugeben, die Wegmarkierungen und Bahnhofsbezeichnungen zu verbessern und zum Schluß wurde noch die Erhaltung des **Titisees** gegen eine geplante Stauung betont.

Südwestdeutscher Handelskammerausschuß für Hotelgewerbe

Der Südwestdeutsche Handelskammerausschuß für Hotelgewerbe und Fremdenverkehr (Vorort Handelskammer Karlsruhe) hielt vor kurzem, wie schon kurz gemeldet, in der Industrie- und Handelskammer **Frankfurt** (Main) seine diesjährige Frühjahrstagung ab. Der Präsident der Handelskammer Karlsruhe, Konsul **Nicolai**, leitete die Verhandlungen. Für die schwebende Übergangsregelung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden wurde gefordert, daß sowohl die Sonderbelastung des Hotel- und Gastwirtsgewerbes durch die Gemeindegetränkesteuer als auch die Belastung des Hotelgewerbes, insbesondere der Saisonbetriebe in den Bädern und Kurorten, durch die Hauszins-, Mietzins- bzw. Gebäudesondersteuer beseitigt werde, zum mindesten sollte nach Ansicht des Ausschusses die letztere Art von Steuern bei Saisonbetrieben nur während der Saison erhoben werden dürfen. Der Entwurf eines Gesetzes über die Abänderung der Arbeitszeitverordnung erklärte der Ausschuß im wesentlichen Teil für unannehmbar, da seine Verwirklichung zu einer vollständigen Lahmlegung des besonders in Südwestdeutschland wichtigen Hotelgewerbes und Fremdenverkehrs führen werde. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der die Bekämpfung städtischer Projekte zur Errichtung von Hotelbauten und Gaststätten beschlossen wurde. Der Abbau des Visumzwanges im Verkehr mit dem Auslande soll mit allen Mitteln weiterbetrieben werden. In gleicher Weise wird der Ausschuß sich erneut für die Einführung eines kleinen Grenzverkehrs mit Elsaß-Lothringen einsetzen. Für das Hotel- und Fremdenverkehrsgewebe wurde eine ständige Vertretung im Reichswirtschaftsrate gefordert. Schließlich wurde noch über die Gestaltung der Schnellverbindungen zwischen Rheinland, Westfalen und Süddeutschland verhandelt.

Der Badische Bund Deutscher Jäger

Sitz Karlsruhe, hielt am Sonntag in **Offenburg** seine diesjährige Hauptversammlung ab. Der erste Vorsitzende, Erbprinz Karl **Egon zu Fürstenberg**, begrüßte die Erschienenen. Als die vornehmste Aufgabe des Vereins bezeichnete er die Heranbildung der Jugend zu waidgerechten Jägern. Das Ministerium des Kultus und Unterrichts war vertreten durch Landrat **Engler** von Offenburg, das Ministerium der Finanzen, Forsten und Domänen durch Oberforstrat Dr. **Eichhorn**. Auch der Württembergische Jägerverein hatte einen Vertreter entsandt.

Dem vom Landgerichtsrat Dr. **Fromherz**, Karlsruhe, erstatteten Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß der Verein 3430 Mitglieder zählt, und zwar 2437 Jäger und 957 Jagdschutzbeamte. Die Haftpflichtversicherung ist eingeführt worden, für Personenschäden auf 200 000 RM. und für Sachschäden auf 15 000 RM. Die bisher eingerichteten Hegeeinrichtungen haben sich gut bewährt. Auch ist eine Reihe neuer geschaffen worden, die den Wildstand in weitem Umkreise außerordentlich gefördert haben. Es wurde anerkannt, daß die Regierung für die Wünsche der Jäger stets Verständnis gezeigt hat. Die vom Ministerium des Innern aufgestellten neuen Bestimmungen über ein **Jagdschutzgesetz** wurden gebilligt. Weitergehende Forderungen werden einstweilen nicht gestellt, um das an sich gut badische Jagdgesetz in seiner Gesamtheit nicht zu gefährden. Nur ganz wenige Wünsche sollen dem Ministerium neu unterbreitet werden. Das Vermögen des Vereins beträgt 15 927 RM. Auch auf die Ausbildung von Gebrauchshunden wurde im abgelaufenen Jahre besondere Sorgfalt gelegt.

Einheitstyp der Bodenseedampfer

Die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft hat sich nunmehr zum Bau eines Einheitstyps von Bodenseedampfern entschlossen. Die nach diesen Gesichtspunkten im Laufe der Jahre zu erstellenden Dampfer sollen alle für eine Höchstpersonenzahl von 1000 Personen gebaut werden. Außerdem werden die Dampfer eine größere Geschwindigkeit wie bisher erhalten. Während ein Dampfer gegenwärtig in der Stunde 21 Kilometer zurücklegt, werden die neuen Dampfer 25 Kilometer in der Stunde leisten. Auch die neueren bisherigen Bodenseedampfer sollen auf diese Geschwindigkeit gebracht werden.

Der Bürgerausschuß Ettenheim genehmigte die Aufnahme eines Anehens bis zu 15 000 M. zur Deckung von Wirtschaftsverbindlichkeiten und eines solchen bis zu 50 000 M. zu Wohnungsbaudarlehen. Ein Gemeindezuschuß bis zu 5000 Mark für den Weiterbau der Nebenbahn nach Ettenheimmünster wurde mit allen gegen eine Stimme bewilligt.

Badische Lohnbewegungen

DZ. **Karlsruhe**, 2. April. In der Lohnbewegung in der badischen **Lederindustrie** haben sich die Parteien auf einen Einigungsvorschlag des Landesschlichters, Landrat Stehle, geeinigt. Der Tarif ist erstmals auf 31. Januar 1928 kündbar.

DZ. **Karlsruhe**, 2. April. Vor dem Landesschlichter, Landrat **Stehle**, sind in der Lohnbewegung in der **Mannheimer Metallindustrie** zwischen den Parteien eine freie Vereinbarung abgeschlossen worden, die erstmals auf Ende März 1928 gekündigt werden kann.

Bei den Verhandlungen vor dem Gewerbeaufsichtsamt in **Karlsruhe** ist ein neuer Landestarif für das Friseurgewerbe zustandegekommen.

DZ. **Pforzheim**, 2. April. Der Arbeitgeberverband hat den Schiedsspruch über die diesjährige **Urlaubsregelung** in der **Schmuckwarenindustrie** angenommen.

DZ. **Freiburg i. Br.**, 2. April. Vor dem Schlichtungsausschuß in Freiburg ist über die Neuregelung der **Angestelltengehälter** im Handelskammerbezirk Freiburg laut „Volkswacht" eine Verständigung dahin zustande gekommen, daß ab 1. April 1927 eine siebenprozentige Gehaltserhöhung bis einschließlich 31. März 1928 vorgesehen ist.

Aus der Landeshauptstadt

Vorstandswahl der Handelskammer Karlsruhe. In der letzten Vollversammlung der Handelskammer wurde der bisherige Präsident, Konsul **Nicolai** einstimmig wiedergewählt. Ferner wurden zu Vizepräsidenten gewählt: Generaldirektor Dr. **Döderlein**, Kaufmann Martin **Elsaß** und Stadtrat **Künkel**.

50jähriges Berufsjubiläum. Der Anzeigenmetteur Eduard Bernhardt konnte gestern sein 50jähriges Berufs- und Arbeitsjubiläum im „Karlsruher Tagblatt" begehen. Er bekleidet seit 30 Jahren den Posten eines Metteurs bei dieser Firma. Der Jubilar gehört seit 48 Jahren dem Karlsruher Turnverein an.

Schülerarbeitenausstellung der Karlsruher Gewerbeschule. Erstmals wieder seit dem Kriege wird die Karlsruher Gewerbeschule in der Zeit vom 11. bis 18. April d. Js. eine öffentliche Ausstellung der Schülerarbeiten veranstalten. Schon vor drei Jahren bei der neunzigsten Wiederkehr des Gründungsjahres war geplant, die Schule in einer größeren Veranstaltung vor die Öffentlichkeit treten zu lassen. Doch haben die damaligen zeitlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse diesen Plan nicht zur Durchführung reifen lassen. Die Ausstellung hat den Zweck, weiteren Kreisen die Möglichkeit einer Übersicht über den Gasamtaufbau, die Lehrziele und die unterrichtliche Arbeitsweise dieser Lehranstalt zu geben soweit dies auf diesem Wege geschehen kann. Außerdem wird dabei auch gleichzeitig der Öffentlichkeit zum ersten Male Gelegenheit geboten, Einsicht in das Schulgebäude und seine Einrichtungen, die Lehrmittelsammlungen und Werkstätten zu nehmen. Neben den zeichnerischen Schularbeiten gelangen auch eine Reihe von praktischen Lehrlingsarbeiten der verschiedensten Berufe zur Ausstellung. Diese wurden im Einverständnis und Benehmen mit den Meisterwerkstätten in diesen selbst zum großen Teil nach Zeichnungen, die in der Schule angefertigt wurden, hergestellt und zeigen in Form von Jahreszielleistungen die fortschreitenden Ergebnisse der praktischen Meisterlehre.

Das Junkerflugzeug G 31 ist am Samstag nachmittag 4.32 Uhr von einem **Propagandaflug durch Europa** von Madrid über Lyon auf dem hiesigen Flughafen gelandet. Flugzeugführer ist der bekannte Pilot Zimmermann. Die Maschine ist bereits einen Monat unterwegs zum technischen Prüfungsflug und zwar ging sie nach Rom von dort nach Turin über Barcelona-Madrid und wieder zurück nach Dessau. Der König von Italien hat auf dieser Maschine seinen ersten Flug gemacht. Die Maschine hat eine Spannweite von 30 Meter, 1200 PS und eine Länge von 17 Meter. Sie ist mit allen modernen Neuerungen ausgestattet. Die Maschine ist in 2½ Stunden von Madrid nach Barcelona, in 3½ Stunden von Barcelona nach Lyon und in 4 Stunden von Lyon nach Karlsruhe geflogen, hat also die Strecke in rund 10 Stunden absolviert.

Zu dem Raubüberfall bei Maxau. Von Zeugen wurde nun nach einem Lichtbilde der am 19. Dezember 1895 in Hohenwettersbach geborene, zuletzt in Pforzheim wohnhaft gewesene Techniker Rudolf **Jordan** als der größere der beiden Täter mit aller Bestimmtheit erkannt. Jordan ist etwa 1.70 Meter groß, kräftig, breitschulterig, hat volles gesundes Gesicht, und trug zuletzt dunklen Anzug. Der zweite Täter ist etwas kleiner, kräftig, untersetzt, trug grauen, vielleicht beigefarbigen Anzug und ist vermutlich noch in Begleitung des Jordan.

Badisches Landestheater

Zar und Zimmermann

Es wäre pharisäische Überheblichkeit, dieser biederen alten Lortzing-Oper alle Vorzüge absprechen zu wollen. Freilich, eine Figur wie der gute Zar Peter steht heute jenseits der Möglichkeiten, noch wirklichen Effekt zu machen. Dafür ist uns aber der Bürgermeister van Bett viel mundgerechter geworden; man möchte fast glauben, Lortzing habe eigentlich dieser Figur zuliebe sein Operchen geschrieben und den **„Zar und Zimmermann"** nur als zugkräftigeres Aushängeschild benutzt.

Erfreulicherweise steht bei der jetzigen Wiedergabe am bad. Landestheater **Franz Schusters** van Bett so sehr im Mittelpunkt der komischen Handlung, daß durch ihn allein die Wiederauffrischung des Werkes eine Eigennote und künstlerische Sonderbedeutung erhält. Solch Fundament kann zwar vorwiegend nur scherzhafter Natur sein, aber gerade dieser kernige Polterton verbirgt sowohl in seinen feinen wie groben Formen jene Aktualität, welche leider die innere Sauberkeit des hübschen Librettos sonst wohl nie mehr sich zurückgewinnen kann. Schusters Nachschöpfung ähnelt einem geschliffenen Kristall, den man sich immer wieder gern aufs Neue in Besitz bringt und bei dessen Hindurchschauen Kindererinnerungen wach werden. Vielleicht gelingt das auch dem Zaren Peter **Rudolf Weyrauchs**, zumal mit dem populären Lied, für das er seine willigste Kraft einsetzt; ich weiß es nicht genau, aber jedenfalls ist mir die richtige Buffopartie lieber als diese Gestalt, in der schließlich doch noch die Sentimentalität zum Prinzip erhoben wird. Gottseidank dominieren die lustigen Elemente auch so stark bei den übrigen Rollen, daß für neckische Geister wie **Else Blank** (Marie) und **Hans Siegfried** (Iwanow) stets genug Anlaß zu frischem Humor besteht. Selbstverständlich mit entsprechenden musikalischen Attidüten; denn daß der an sich bescheidene Lortzing nur mit einem Stilgefühl, das nicht allzuweit von Mozart sich entfernt, gemeistert werden darf, ist Voraussetzung jeder gegenwärtigen Pflege. In diesem Sinne hat ebenfalls **Alfons Rischner** seines verantwortlichen Amtes gewaltet; nicht nur im famosen Männersextett des zweiten Aktes oder in der launigen Kantatenszene zu Anfang des dritten hatte man das Gefühl eines sehr präzisen und geschmackvollen Musizierens, schon die Ouvertüre ließ soviel stilistischen Übermut erkennen, wie der elastischen Leichtigkeit derlei Musik angemessen ist. Unterstützt von der munteren Regie von **Otto Krauß** klang der Abend in einem recht herzlichen Bekenntnis zur einfältigen Herzlichkeit Lortzings aus, der italienisches Theater in so köstliches Deutsch, wenn auch zuweilen beinahe schon ein bißchen trivial umgeformt hat. H. Sch.

Tanzabend Dorothea Bender

Dorothea Bender gab nach längerer Pause im kleinen Saal der Festhalle in Karlsruhe einen Tanzabend mit einer Gruppe ihrer Schülerinnen. Der Abend brachte durchweg erfreuliche Eindrücke. Fräulein Benders Begabung liegt sehr stark in der Richtung der Tanzregie: sämtliche Gruppentänze spielen sich in enger Beziehung und Fühlung mit dem Raum ab (im Gegensatz zu der „Raumstudie" des Tanzabends im Landestheater am letzten Freitag); sie sind außerordentlich klar und überzeugend konsequent gestaltet, am deutlichsten und rundesten die Tänze „Largo", Arabeske", „Traum", „Der Ton". In den ersten Nummern störte ein gewisser Mangel an Präzision im Ensemble. — In den solistischen Tänzen fiel dieselbe zielstrebige Gestaltungsweise ins Auge. Der beste dieser Tänze — auch im Hinblick auf die technische Durcharbeitung — war der „Steppentanz". Die sehr hübsche, humoristisch-groteske „Begebenheit", auch eine achtbare Regieleistung, mußte wiederholt werden. Die Kostüme, von der Tanzgruppe selbst entworfen und hergestellt, bezeugen in Schnitt und Farbe einen sicheren künstlerischen Geschmack. Die Bühnen- und Beleuchtungsverhältnisse hatten den Anstrich eines Notbehelfs, was häufig störend wirkte (die Bühne dröhnte bei jedem kräftigen Schritt). — Alles in allem ein Abend, aus dem man den Eindruck mitnahm, daß hier eine zielbewußte und begabte Kraft auf dem richtigen Wege fortschreitet. Ro.

Anläßlich der Tagung des „Reichsverbandes akademisch gebildeter Zeichenlehrer" in Karlsruhe am 10., 11. und 12. Juni 1927 (Pfingstwoche) finden 3 größere öffentliche Vorträge statt, die allgemeinem Interesse begegnen dürften. Museumsdirektor Dr. **Hartlaub**, Mannheim, wird sprechen über: „Impressionismus, Expressionismus, Neue Sachlichkeit und der Einfluß auf die Kunsterziehung". Universitätsprofessor Dr. **Litt**, Leipzig: „Vom Bildungsganzen und der Kunsterziehung", Professor G. **Kolb**, Göppingen: „Vom Organismus der Gestaltfächer". — Vom 10. bis 16. Juni findet zugleich in der Orangerie eine Ausstellung von Schülerarbeiten statt, in der eine Anzahl führender Lehrerpersönlichkeiten ein umfassendes Bild ihrer Tätigkeit auf dem Gebiet des zeitgemäßen Kunstunterrichts an süddeutschen Mittelschulen geben wird.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. **Wiesloch**, 4. April. Seit zwei Monaten hat die A.G. für **Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation** Aachen (Abteilung Wiesloch) ihren zwischen Wiesloch und Baiertal gelegenen Betrieb wegen Lohnstreitigkeiten eingestellt. Am Freitag fanden vor dem Schlichtungsausschuß unter dem Vorsitz des Landrats Naumann hier Verhandlungen statt. Man einigte sich dahin, einen Antrag des Bürgermeisters Dr. Gröppler, Wiesloch, beiderseits zur Annahme zu empfehlen: Die Arbeit wird unter den alten Bedingungen mit Bindung bis zum 30. Juni 1927 wieder aufgenommen. Von da ab wird auf Grund des Vorschlages des Landesschlichters vom 22. Februar 1927 in neue Lohnverhandlungen eingetreten.

DZ. **Weißenbach** (Murgtal), 4. April. In der Wohnung einer angesehenen Bürgersfamilie **schoß** der 20jährige Schneidergeselle **Lohmiller** aus Gerstetten in Württemberg, der in Obertsrot in Stellung war, auf die 18jährige **Haustochter**, mit der er ein Verhältnis hatte, und brachte sich dann selbst einen Schuß in den Kopf bei. Schwer verletzt wurden beide ins Krankenhaus nach Gernsbach geschafft. Der junge Mann dürfte kaum mit dem Leben davonkommen, während man das Mädchen zu retten hofft.

DZ. **Sasbach** (Amt Bühl), 1. April. Nach dem Jahresbericht der **Lender'schen Anstalt** für 1926/27 war die Anstalt im verflossenen Jahre von 232 Gymnasiasten und 196 Realschülern besucht. Die Anstalt ist die größte Privatschule Badens mit Gymnasial- und Realschulabteilung. Der Lehrkörper setzt sich aus 25 Mitgliedern zusammen, von denen die Hälfte dem geistlichen Stande angehören. Einen wichtigen Fortschritt bedeutet für die Anstalt die Genehmigung, der Gymnasialabteilung die Oberprima anzugliedern.

DZ. **Freiburg i. Br., 2. April.** Die auch für dieses Jahr in Freiburg i. Br. geplante **Alemannische Woche** soll in der Zeit vom 8. bis 14. Mai abgehalten werden.

DZ. **Ihringen a. K., 2. April.** Die Witterung hat die Erledigung der **Frühjahrsarbeiten in den Weinbergen** gefördert. Die Reben stehen bereits überall in Saft, der Rebschnitt und das Vogenmachen ist vollendet. Die letztjährigen Weine haben sich gut ausgebaut und sind bei den Winzern ziemlich ausverkauft.

DZ. **Lenzkirch, 4. April.** Die Frage einer **Höherstauung des Ursees** kommt nun in ein akutes Stadium. Der Lenzkircher Verkehrsverein hat erreicht, daß in den nächsten Tagen eine Vertretung der badischen Regierung zur persönlichen Rücksprache mit den maßgebenden hiesigen Stellen in Lenzkirch eintrifft. Durch die Erstellung eines 30 m langen Staudammes wird das Landschaftsbild nach Ansicht der Verfechter des Planes nicht leiden.

DZ. **Stuttgart**, 1. April. Vom 5. April ab werden die **Tageseintrittspreise** beim **Württembergischen Landestheater** bei Opern um rund 25 Proz. **ermäßigt**. Bei den niedrigsten Schauspielpreisen beträgt sie 24 Proz. Gleich bleiben die gewöhnlichen Schauspielpreise der bevorzugten Platzarten, da diese hier schon bisher niedriger waren als an anderen größeren Bühnen.

DZ. **Landau** 1. April. Das **französische Kriegsgericht** in Landau verurteilte heute die beiden **französischen Soldaten** Barillé und Tassart, die am 28. November vorigen Jahres den bekannten **Eisenbahnanschlag bei Maxau** verübt haben, indem sie einen schweren Balken über die Schienen legten, zu je **zwei Jahren Gefängnis** mit Bewährungsfrist.

DZ. **Bad Dürkheim, 4. April.** Gestern machten **Hitler-Anhänger** aus Neustadt a. d. H. und Lamprecht einen Ausflug ins Dürkheimer Tal. Abends gegen 8 Uhr zogen die Leute zur Abfahrt nach dem Bahnhof und stießen hier mit einem Arbeitergesangverein zusammen, dessen Mitglieder ihnen ihre Fahne zu entwenden versuchten. Dabei trug der 20jährige Arbeiter Otto Früh aus Bad Dürkheim schwere Kopfwunden davon, während ein Hitler-Führer einen Stich in den Rücken erhielt. Auf den zur Abfahrt stehenden Zug wurden Steine geworfen, wodurch die Tochter eines Eisenbahnbeamten schwere Kopfverletzungen erlitt. Untersuchung über den Vorfall ist im Gange.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Der Durchzug eines Tiefdruckausläufers brachte gestern für Baden weitere Regenfälle. (Gebirge Schnee). Von der westlich England liegenden ozeanischen Zyklone werden große Mengen subtropischer Warmluft nach Europa herangeführt, die voraussichtlich mit Erwärmung zunächst Auflösung der Wolkendecke, später aber wieder Verschlechterung bewirken werden. **Voraussichtliche Witterung** für 5. April: mild bei südlicher Luftströmung, vorübergehende Aufheiterung, später wieder Bewölkungszunahme und Regen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	4. April Geld	4. April Brief	2. April Geld	2. April Brief
Amsterdam 100 G.	168.56	168.98	168.55	168.97
Kopenhagen 100 Kr.	112.46	112.74	112,36	112.67
Italien . . 100 L.	29.20	20.28	19.91	19.95
London . . 1 Pfd.	20.460	20.512	20.457	20.507
Newyork . . 1 D.	4.2130	4.2230	4.2125	4.2225
Paris . 100 Fr.	16.505	16.545	16.50	16.54
Schweiz . 100 Fr.	81.02	81.22	81.035	81.235
Wien . . Schilling	59.24	59.38	59.24	59.38
Prag 100 Kr. 100	12.469	12.509	12.469	12.509

Zunahme der Konkurse. Die Zahl der Konkurse hat im Monat März eine Zunahme erfahren, und zwar wird die Zahl der Konkurse mit 537 angegeben gegen 457 im Februar, wobei zu berücksichtigen ist, daß der Februar drei Tage weniger hatte. Im Januar waren es 473 Konkurse. Auch die Zahl der Geschäftsaufsichten hat zugenommen: 127 im Monat März, 112 im Februar und 90 im Januar.

Badische Landesgewerbebank A.-G. Karlsruhe-Frankfurt a. M. In der am 25. d. M. stattgefundenen Bilanzsitzung des Aufsichtsrats konnte eine weitere recht günstige Fortentwicklung festgestellt werden. Der Jahresumsatz beträgt über eine Milliarde Mark und hat sich gegen das Vorjahr nahezu verdoppelt. Die Bilanzsumme stieg von 10,5 auf 18,5 Millionen M. und der Reingewinn von RM. 159 800.— auf RM. 195 188.—. Aus demselben soll nach den üblichen Rückstellungen und Abschreibungen eine Dividende von 8 Proz. (gegen 6 Proz. im Vorjahr) zur Verteilung gelangen. Die Bank, welche bekanntlich im Sommer 1924 zum Zentralinstitut der badischen Schulze-Delitzsch'schen Genossenschaftsbanken bestimmt wurde, hat im Jahre 1926 ihre Tätigkeit auf etwa 70 Genossenschaftsbanken und 20 Warengenossenschaften des Mittelrheins ausgedehnt. Infolge Vereinbarung mit diesen Genossenschaften soll die Firma in Landesgewerbebank für Südwestdeutschland abgeändert werden. Das voll einbezahlte Aktienkapital von 1 Million M. wird auf 2½ Millionen M. erhöht, wobei den seitherigen Aktionären das Bezugsrecht von 1 : 1 zu 110 Proz. angeboten wird; der Rest wird in der Hauptsache von den neu beigetretenen Kreditgenossenschaften des Mittelrhainischen Verbandes übernommen. — Die Generalversammlung findet am 22. April d. J. statt.

Darmstädter und Nationalbank. Der Geschäftsbericht für das Jahr 1926 führt u. a. aus, daß die Banken im Jahre 1926 durch die vielfach widerspruchsvolle, aber letzten Endes doch zu normalen Grundsätzen hindrängende Entwicklung am Kapital- und Geldmarkt eine starke Tätigkeit entwickeln konnten, die sich insbesondere auf dem Emissionsgebiet bewegte, wo sie den Anforderungen der Wirtschaft erstmalig nach der Stabilisierung wieder gerecht werden konnten. Nach wie vor steht das Bankgewerbe dem schwierigen Problem gegenüber, einen günstigeren Coeffizienten zwischen Handlungsunkosten-Konto und Gewinn zu schaffen. Die Schwierigkeiten sind im Jahre 1926 etwas zurückgetreten infolge der bedeutsamen und unerwartet schnellen Entwicklung, die die Bewertung an den Effektenmärken genommen hat. Es war selbstverständlich, daß die Banken hieraus durch die Bestände, die sie aus der Inflationsperiode schon bei Aufstellung der Goldbilanz aufzuweisen hatten, nennenswerte Vorteile zu ziehen vermochten. Da es sich nicht um Einnahmen handelte, die man für den Gesichtspunkt der Rentabilität heranzuziehen vermag, hat sie die Darmstädter Bank in einem Betrage von RM. 10 000 000 sichtbar gemacht, jedoch durch Schaffung eines besonderen Reservefonds in Höhe dieses Betrages die Kapitalbasis vergrößert. Damit steigen die Reserven des Instituts auf RM. 50 000 000.— und Kapital und Reserven erhöhen sich auf insgesamt RM. 110 000 000.— Unter vorsichtiger Bewertung aller Aktiven ergibt sich laut Gewinn- und Verlustkonto unter Einrechnung des Gewinnvortrages per 1925 in Höhe von RM. 2 263 512.84 ein Bruttogewinn von RM. 79 736 703.51. Nach Absetzung der Handlungsunkosten mit RM. 52 932 252.24 und der Steuern mit RM. 5 846 499.18 verbleibt ein Reingewinn von RM. 20 957 952.09, dessen Verteilung wie folgt vorgeschlagen wird: 12 Proz. Dividende RM. 7 200 000.—, Einlage in eine besondere Reserve RM. 10 000 000.—, Tantieme des Aufsichtsrats RM. 480 000.—, Zuwendung an den Pensionsfonds für Beamte RM. 1 000 000.—, insgesamt: RM. 18 680 000.—, so daß als Vortrag auf neue Rechnung RM. 2 277 952.09 verbleiben. Nach Genehmigung dieser Vorschläge durch die Generalversammlung werden sich die offenen Reserven auf RM. 50 000 000.—, Kapital und Reserven auf RM. 110 000 000.— belaufen.

Die **Deutsche Bank** erzielte 1926 einen Reingewinn von 26,4 Millionen gegen 18,2 Millionen RM. im Vorjahre. Nach den Überweisungen und Abschreibungen kommen wiederum 10 Prozent Dividende zur Verteilung.

Brown, Boveri A. G. Mannheim. In der Generalversammlung wurde beschlossen, aus dem nach 858 634 RM. Abschreibungen verbleibenden Reingewinn von 1 028 357 RM. für Sonderabschreibungen auf Anlagen 586 908 RM. zu beantragen. Auf das dividendenberechtigte A.-K. von 4,8 Millionen Reichsmark wird eine **Dividende von acht Prozent**, auf das 700 000 Reichsmark betragende Vorzugsaktienkapital eine solche von sechs Prozent verteilt; auf neue Rechnung werden 26 357 RM. vorgetragen. Die Kapitalserhöhung auf 15 Millionen Reichsmark ist inzwischen durchgeführt worden.

Übergang der Ufa-Majorität an Hugenberg. Wie mehrere Blätter melden, hat die Hugenberg-Gruppe die Aktienmajorität der Ufa aus dem Besitz der Deutschen Bank erworben.

Bücheranzeigen

Monographien zur Erdkunde. (Verlag von Velhagen & Klasing in Bielefeld und Leipzig.) Als Band 17 erschien soeben: **Neapel, seine Umgebung und Sizilien.** Von **Hippolyt Haas.** Dritte Auflage, durchgesehen von **G. Greim.** Mit 128 Abbildungen, darunter 11 in Farben- und Doppeltondruck und zwei farbigen Karten. Preis 8.— Reichsmark. Auch in diesem Bande der bekannten Sammlung vereinen sich die Vorzüge derselben, die darin bestehen, daß das Wichtigste aus der Geologie, der Kunst, Literatur und Wissenschaft und die Eigenart des Landes und seiner Bewohner wiedergegeben wird. Dazu kommt, daß sich gerade hier das Bild der landschaftlichen Darstellung besonders reizvoll gestaltet, denn für den Nordländer sind die sonnendurchglühten Gefilde Neapels und Siziliens eines gewaltigen Eindrucks voll. Die Farbenpracht der Gestade der Odyssee tritt uns aber nicht nur in dem reichen Abbildungsmaterial vor Augen, sondern es ist ein Vorzug des Verfassers, daß er in überaus lebendiger und wohltuend enthusiastischer Weise von den Schönheiten Italiens zu sagen weiß. So kommt es, daß sich der Text dieser Monographie wie eine gut geschriebene Novelle liest, dabei aber auch alle Werte vermittelt, die der Käufer eines solchen Werkes erwarten muß.

Staatsanzeiger

Maul- und Klauenseuche

Nach Meldungen der Bezirkstierärzte waren am 1. April 1927 verseucht:

Amtsbezirke: Bretten. Gemeinden: Gölshausen.
Bruchsal: Neudorf.
Ettlingen: Ettlingen, Langensteinbach, Spielberg.
Freiburg: Freiburg.
Heidelberg: Heidelberg-Kirchheim, Dossenheim (Schwabenheim), Leimen.
Karlsruhe: Durlach, Wöschbach.
Kehl: Willstätt.
Konstanz: Wollmatingen.
Lahr: Allmannsweier, Nonnenweier.
Tauberbischofsheim: Grünsfeldhausen, Oberschüpf, Paimar, Windischbuch.
Überlingen: Meersburg.
Wiesloch: Baiertal.

Badisches Statistisches Landesamt.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhesetzungen usw.

der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Zuruhegesetzt:

Stabszahlmeister August **Steinhauser.**

Justizministerium

Versetzt:

Justizassistent Philipp **Klohr** beim Notariat Pfullendorf zum Amtsgericht Bühl.

Übertritt in den Ruhestand kraft Gesetzes:

Landgerichtsdirektor Hermann **Wolf** in Karlsruhe.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Verliehen:

Den Privatdozenten in der medizinischen Fakultät der Universität Heidelberg Dr. Eberhard **Groß**, Dr. Hans von **Oettingen** und Dr. Karl **Kleinschmidt** für die Dauer ihrer Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Universität die Amtsbezeichnung außerordentlicher Professor.

Waldshut. K.180.
Handelsregistereintrag A O.-Z. 40: Die Firma **„Jos. Bartholomä"** in Gurtweil ist erloschen.
Waldshut, 17. März 1927.
Bad. Amtsgericht.

Weinheim. K.157.
a) Handelsregister A Bd. I O.-Z. 67, **„Wilhelm Dell"** in Weinheim: Dem Kaufmann Gustav Apfel in Weinheim ist Prokura erteilt.
b) Handelsregister A Bd. II O.-Z. 84 **„Karl Eberle"** in Weinheim. Inhaber ist Karl Eberle, Apotheker in Weinheim.
c) Handelsregister A Bd. II O.-Z. 51, **„Hermann Wagner"** in Weinheim: Die Prokura des Kaufmanns Karl Eichmüller in Weinheim ist erloschen. 5. März 1927.
Amtsgericht Weinheim.

Weinheim. K.205.
Handelsregister A Bd. I O.-Z. 108, Firma **„Gebrüder Altstädter"** in Weinheim: Die Prokura des Kaufmanns Emanuel Altstädter in Mannheim ist erloschen; der Nathan Altstädter Ehefrau, Flora geb. Reilinger, in Weinheim ist Prokura erteilt.
Amtsgericht Weinheim, 17. März 1927.

Weinheim. K.225
Handelsregister A Bd. 2 O.-Z. 75, Firma **„Heinrich Best, Kammfabrik"** in Hemsbach: Die Niederlassung ist nach Birkenau verlegt.
Handelsregister A Bd. I O.-Z. 136, Firma **„Gebrüder Mayer & Kaufmann"** in Leutershausen: Die Firma ist erloschen. 23. 3. 1927.
Amtsgericht Weinheim.

Wolfach. K.200
Im Handelsregister A Band 1 Nr. 263 wurde eingetragen bei Firma **Friedrich Müller,** Sägewerk in Schenkenzell: Die Firma ist geändert in „Friedrich Müller, Holzhandlung und Zimmergeschäft in Schenkenzell".
Wolfach, 19. März 1927
Amtsgericht.

Wolfach. K.201
Im Handelsregister A Band I Nr. 274 wurde eingetragen **Wilhelm Müller senior,** Sägewerk in Schenkenzell, Inhaber Wilhelm Müller senior, Zimmermeister in Schenkenzell.
Wolfach, 19. März 1927
Amtsgericht.

Bruchheilung

von Ärztekommissionen bestätigt

ohne Operation, ohne Berufsstörung, sodaß selbst Ärzte sich und ihre Familien von uns behandeln lassen.

Öffentliche Danksagungen dortiger Gegend:

Dem **„Hermes"** Ärztlichem Institut für orthopädische Bruchbehandlung, **Hamburg 36,** bestätige ich, daß mein Sohn Karl, 15 Jahre alt, der seit Geburt an linksseitigem Leistenbruch litt, der gänseeigroß bis zum H. ging, durch Dr. med. H. L. Meyer's Methode vollständig geheilt ist. **Rosa Epple, Oberhausen bei Reutlingen.** 11. 12. 26. Seit 1906 litt ich an Bruch, der über faustgroß bis zum H. ging. Seit März 1925 war ich in Behandlung bei dem „Hermes" Ärztlichen Institut für orthopädische Bruchbehandlung, Hamburg 36, und bin jetzt geheilt, sodaß ich ohne Band gehen kann. **K. Huber, Lörrach i. B.** 2. 12. 26. Bestätige, daß mein Bruchleiden durch Ihre Methode vollständig geheilt ist. **Fenis, Konstanz.** Juli 1926.

Sprechstunde **unseres approbierten, speziell ausgebildeten Vertrauensarztes** in **Rastatt: Bahnhofs-Hotel:** Donnerstag, den 7. April, von 9—1 Uhr. **Karlsruhe, Hotel Lutz:** Donnerstag, den 7. April, von 3—7½ Uhr, Freitag, den 8. April, von 9—1 Uhr. **Pforzheim: Hotel Hansa,** Freitag, den 8. April, von 4—7½ Uhr, Sonnabend, den 9. April, von 9—12 Uhr. **Bruchsal: Bahnhofshotel Friedrichshof,** Sonnabend, den 9. April, 3½—7½ Uhr. Sonntag, den 10. April, von 9—2 Uhr.

„Hermes" G.256
Ärztliches Institut für orthopädische Bruchbehandlung, G. m. b. H. Hamburg, Esplanade 6. [Dr. H. L. Meyer.]

Wir warnen vor Pfuschern, die uns nachzumachen versuch., ohne den Kernpunkt der Sache überhaupt zu kennen.

Badische Lichtspiele
KONZERTHAUS

Heute nachmittag 5 Uhr und abends 8¼ Uhr

Ben Hur

Unter Mitwirkung der Polizeikapelle

Verlängert bis Donnerstag, den 7. April

Kartenvorverkauf: Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstraße, und Geschäftsstelle Beiertheimer Allee 10

Todeserklärung.

K.213. 2. 1. **Lörrach.** Die **Luise Schmidt, Witwe geb. Huber** in Ibach hat beantragt, ihren Sohn, den am 20. Okt. 1890 in Unteribach geborenen, zuletzt in Lörrach wohnhaft gewesenen Landwirt **Albert Schmidt** für tot zu erklären. Derselbe wurde als Schwerverwundeter am 23. März 1915 in das Vereinslazarett Heimenkirch aufgenommen und am 6. Juli 1915 als geheilt zum Ersatz-Bataillon in Kehl entlassen. Seit dieser Zeit wird der Genannte vermißt.

Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf **Freitag, den 4. November 1927 vormittags 9 Uhr,** vor dem unterzeichneten Amtsgericht, Zimmer Nr. 17, anberaumten Aufgebotstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermin dem Gerichte Anzeige zu machen.

Bad. Amtsgericht II Lörrach.

K.238. **Villingen.** Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Uhrenfabrik „Kalko" G. m. b. H.** in Villingen wurde nach Abhaltung des Schlußtermins gemäß § 163 KO. aufgehoben.
Villingen, 29. März 1927.
Bad. Amtsgericht I.

Berichtigung.

Zu der Liquidationsanzeige der Firma **Simon & Co. G. m. b. H., Karlsruhe** muß es statt Inh. **H. Simon** heißen: **Jakob Simon.**

Badisches Landestheater

Dienstag, 5. April 1927

Geschlossene Vorstellung

für die an Ostern zur Entlassung kommenden Volksschüler

Fidelio

Druck G. Braun, Karlsruhe